

## »» NEWSLETTER ««

# POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 17. Mai 2024



### In dieser Ausgabe

Kernkraft-Aus  
transparent aufklären

Wirksamer Kampf  
gegen den politischen  
Islam

Koalitionsstreit zum  
Bundeshaushalt 2025

Pflegebedürftigkeit  
frühestmöglich  
verhindern

75 Jahre Grundgesetz

Waldzustandserhebung  
2023

Terminvorschau

## »»» LIEBE LESERINNEN UND LESER,

die Abschaltung der letzten drei Kernkraftwerke inmitten der Energiekrise im vergangenen Jahr durch die Ampel-Regierung war ein Fehler. Die CDU/CSU-Fraktion dringt daher weiterhin auf die vollständige Aufklärung der Vorgänge rund um die Abschaltung. Um Antworten auf die offenen Fragen zum Atomausstieg zu bekommen, hat die Unionsfraktion in dieser Woche eine Aktuelle Stunde beantragt. Die Unterlagen, die die betroffenen Ministerien für Wirtschaft und Umwelt dem Parlament bislang zur Verfügung gestellt haben, sind unvollständig und in Teilen geschwärzt.

Ein entschiedeneres Vorgehen der Regierung gegen Islamisten, die in Deutschland einen „Kalifatstaat“ errichten wollen, forderte die CDU/CSU diese Woche in ihrem

Antrag zur Bekämpfung des politischen Islams.

Außerdem haben wir uns diese Woche mit den Herausforderungen in der Pflege befasst. Es gilt, Pflegebedürftigkeit frühestmöglich zu verhindern sowie die Prävention zu stärken, damit aus der „Herausforderung Pflege“ künftig keine „Überforderung“ für Patienten, Pflegekräfte, pflegende Angehörige sowie unser Gesundheitssystem wird.

Mehr zu ausgewählten sowie weiteren Themen finden Sie im Folgenden und unter [www.cducsu.de](http://www.cducsu.de).

Alles Gute



Ihr Hermann Färber

## »»» „KERNKRAFT-AUS – VORGÄNGE UM BUNDESMINISTER DR. HABECK UND BUNDESMINISTERIN LEMKE TRANSPARENT AUFKLÄREN“

Die Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine führten im Jahr 2022 zu einer Energiekrise. Bundesminister Habeck beteuerte, einen möglichen Weiterbetrieb der Kernkraft in Deutschland ergebnisoffen prüfen zu wollen. Anfang März 2022 veröffentlichten die federführenden Bundesministerien von Robert Habeck und Steffi Lemke einen „Prüfvermerk“, in dem ein Weiterbetrieb der Kernkraftwerke rigoros abgelehnt wurde. Zu den Hintergründen dieser Ablehnung hat Bundesminister Habeck die Herausgabe von Unterlagen lange verweigert. Journalisten haben nun vor Gericht die Herausgabe erzwungen und nachgewiesen, dass beide Ministerien nicht aufgrund von fachlichen Erwägungen, sondern aus rein ideologischen Gründen zu einer Ablehnung des Weiterbetriebs der Atomkraftwerke gekommen sind.

Die uns vorliegenden Informationen drängen die Schlussfolgerung auf, dass die Bundesregierung in einer Frage der nationalen Energiesicherheit nicht zum Wohle Deutschlands, sondern ausschließlich unter Gesichtspunkten der grünen Parteipolitik entschieden hat.

Die bisher herausgegebenen Unterlagen zeichnen also ein anderes Bild als bisher behauptet. So gut wie alle Argumente der Ampel zum Kernkraft-Aus sind widerlegt. Fachliche Erwägungen aus der Arbeitsebene des Ministeriums wurden bewusst ignoriert. Das wirft Fragen auf, ob es ein grünes System gibt, das Parteideologie über die Interessen des Landes stellt.

Die CDU/CSU ist der Meinung, dass die Öffentlichkeit einen Anspruch darauf hat zu erfahren, wie und warum die Bundesregierung in einer Lage von Krieg in Europa so in der Frage der nationalen Energiesicherheit entschieden hat. Robert Habeck und Steffi Lemke müssen die Vorgänge in ihren Ministerien und vor allem auch ihre eigene Rolle transparent und vollumfänglich aufklären. Viele Fragen sind unbeantwortet, zugesagte Unterlagen wurden nicht übersandt. Wir haben all diese Vorgänge diese Woche in einer „Aktuellen Stunde“ thematisiert. Klar ist: Wenn die Regierung nicht vollständige Transparenz schafft, dann liefert sie selbst den Grund für eine umfassende parlamentarische Untersuchung.



## WIRKSAMER KAMPF GEGEN DEN POLITISCHEN ISLAM

Islamisten skandieren auf deutschen Straßen Forderungen nach einem islamischen Gottesstaat und der Einführung der Scharia. Ende April zogen über 1.000 Demonstranten unter dem Motto „Das Kalifat ist die Lösung“ durch Hamburg. Am vergangenen Wochenende gab es erneut Kundgebungen mit etwa 2.000 Teilnehmern. Diese extremistischen Gruppierungen und ihre Anhänger sind eine Bedrohung für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Die Forderung nach Errichtung eines islamistischen Terrorstaats ist dennoch bei uns bisher nicht strafbar – anders als beispielsweise in Österreich.

Der Rechtsstaat muss auf die wachsende Bedrohung durch den politischen Islam reagieren. Allerdings ergreifen bisher weder die SPD-geführte Landesregierung in Hamburg noch die SPD-geführte Bundesregierung wirksame Maßnahmen gegen diese Umtriebe.

Die CDU/CSU steht für die entschlossene Verteidigung unserer demokratischen und rechtsstaatlichen Werte. Mit unserem Antrag fordern wir eine effektive Kontrolle und Bekämpfung des politischen Islams durch die Sicherheitsbehörden sowie wirksame Maßnahmen gegen extremistische und terroristische Geldtransfers. Außerdem müssen das Straf- sowie das Staatsangehörigkeitsrecht angepasst werden: Zukünftig soll es strafbar sein, öffentlich die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und die Errichtung eines Gottesstaates zu fordern. Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit, die solche extremistischen Forderungen unterstützen, sollen ihre deutsche Staatsangehörigkeit verlieren. Des Weiteren fordern wir die sofortige Schließung des sogenannten „Islamischen Zentrums“ in Hamburg als Brutstätte dieses Extremismus.



[Hier geht 's direkt zur Debatte](#)

## KOALITIONSSTREIT ZUM BUNDESHAUSHALT 2025 – AMPEL MUSS PRIORITÄTEN SETZEN



Die Haushaltssituation des Bundes ist dramatisch. Bereits vor den Haushaltsanmeldungen der Ressorts wies der Etat 2025 eine Lücke von 25 Mrd. Euro auf, die mittlerweile noch größer geworden ist. Denn: statt – wie von Bundesfinanzminister Lindner erbeten – Einsparvorschläge zu unterbreiten, haben allein das Bundesentwicklungsministerium sowie das Auswärtige Amt jeweils mehr als 2 Mrd. Euro „Mehrbedarf“ angemeldet. Zusätzlich wären für eine echte Wirtschaftswende milliardenschwere Entlastungen erforderlich. Ein Plan, wie die bestehende Haushaltslücke geschlossen werden soll, ist bei der Bundesregierung nicht erkennbar. Vielmehr ist ein öffentlicher Streit in der Ampel entstanden.

Die bestehende Lücke im Bundeshaushalt 2025 wird sich nur schließen lassen, wenn die Ampel – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – alle Ausgaben auf den Prüfstand stellt und eine klare Priorisierung der zur Verfügung stehenden Mittel unter dem Leitmotiv „Zeitenwende“ vornimmt. Aber: Offensichtlich hat die Ampel hierfür weder den inneren Zusammenhalt noch den politischen Rückhalt in der Bevölkerung.

Nehmen wir als Beispiel das „Rentenpaket II“: Es löst keine der existierenden Finanzierungsprobleme, sondern verlagert diese mit hohen Beitragssteigerungen auf die Steuerzahler der Zukunft.



Bildquelle: Canva.

Erneut zeigen sich SPD, Grüne und FDP unfähig, tragfähige Lösungen für die Staatsfinanzen zu erarbeiten. Der öffentliche Streit um den Bundeshaushalt 2025 wird einem verantwortungsvollen Regierungshandeln nicht gerecht. Die Menschen müssen sich auf das Handeln einer Bundesregierung verlassen können – insbesondere darauf, dass die Rente finanziell langfristig gesichert ist. Mit der Ampel ist sie es nicht. Entscheidend ist jetzt, eine nachhaltige Lösung für den Bundeshaushalt 2025 sowie die Finanzplanung bis 2028 zu finden und der Rentenversicherung eine langfristige Sicherheit zu verschaffen.



## PFLEGEBEDÜRFTIGKEIT FRÜHESTMÖGLICH VERHINDERN, GESUNDHEITSFÖRDERUNG UND PRÄVENTION STÄRKEN

Das Risiko einer Pflegebedürftigkeit steigt naturgemäß mit zunehmendem Alter stark an. Während bei den 70- bis 74-Jährigen rund 9 % pflegebedürftig waren, wurde für die ab 90-Jährigen mit 82 % die höchste Pflegequote ermittelt. Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen in Deutschland wird nach vorliegenden Prognosen bis 2055 um 37 % zunehmen. Laut den Ergebnissen der Pflegevorausberechnung des Statistischen Bundesamtes (Destatis) wird ihre Zahl von rund 5 Millionen Ende 2021 auf etwa 6,8 Millionen im Jahr 2055 ansteigen. Dabei werden voraussichtlich bereits 2035 etwa 5,6 Millionen (+14 %) erreicht.



Bildquelle: Canva.

Bedauerlicherweise kommt die Prävention in der Pflege in der Diskussion oft zu kurz, obgleich das bisherige Präventionsgesetz bereits viele Anknüpfungspunkte bietet. Daher haben wir in unserem Antrag auf der Grundlage unseres Pflegepositionspapiers aus dem vergangenen Jahr unsere Überlegungen zur Prävention in der Pflege näher konkretisiert. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Personalengpässe in der Pflege und der dargestellten Prognosen müssen wir darüber hinaus davon ausgehen, dass sich die bereits jetzt angespannte Situation in der Pflege weiter zuspitzen wird. Prävention und präventive Pflege können daher einen wichtigen Beitrag leisten, um die Pflegebedürftigkeit von Menschen zu verzögern oder zu verhindern.

In unserem 16-Punkte-Katalog fordern wir unter anderem ein Präventionskonzept für die Pflegebedürftigkeit, das alle Lebensbereiche und Regionen sowie die Gesundheitsförderung von der Geburt an über Schule, Studium und Berufsleben umfasst. Ebenso sollte in diesem Bereich geprüft werden, inwiefern pflegepräventive Hausbesuche in geeigneten Fällen breiter umgesetzt werden können, um das Leben zu Hause für Senioren möglichst lange zu gewährleisten. Gleichzeitig fordern wir, dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ leistungsrechtlich stärker Rechnung zu tragen. Beispielsweise sollten innovative Wohnformen wie ambulant betreute Pflege-Wohngemeinschaften besser gefördert werden. Die Einführung eines flexiblen Präventionsbudgets würde – unserer Auffassung nach – den Zugang für Seniorinnen und Senioren zu Präventionsangeboten ebenfalls verbessern.



[Hier geht 's direkt zum Antrag](#)

## 75 JAHRE GRUNDGESETZ – UNSERE PARLAMENTARISCHE DEMOKRATIE BEWAHREN UND SICHER FÜR DIE ZUKUNFT AUFSTELLEN



Aus Anlass des 75. Jahrestages des Grundgesetzes am 23. Mai 2024 legen wir eine umfassende Bestandsaufnahme zu 75 Jahren gelebter Verfassungstradition vor. Unser parlamentarisch-demokratisches System hat sich bewährt. Die Gewaltenteilung, der Grundrechtsschutz und ein plurales Parteiensystem haben zur institutionellen und politischen Stabilität beigetragen. Dem Deutschen Bundestag kommt eine zentrale Rolle bei der demokratischen Legitimation und Kontrolle zu. Diese wird durch Transparenz des parlamentarischen Verfahrens und die aktive Beteiligung der Opposition gewährleistet, die alternative Lösungen und Kritik einbringt.

Trotz der bestehenden Stabilität gibt es Herausforderungen wie Politikverdrossenheit und eine Schwächung der parlamentarischen Prozesse durch externe Beratungsgremien und Missachtung traditioneller Verfahren. Mit unserem Antrag betonen wir die Notwendigkeit, die parla-

mentarische Demokratie und die Arbeitsweise des Deutschen Bundestages kontinuierlich zu verbessern und so die Legitimation und Effektivität des parlamentarischen Systems zu erhalten. Parallel in verbundener Debatte bringen wir unseren Antrag „Verfassung und Patriotismus als verbindendes Band stärken – Tag des Grundgesetzes am 23. Mai als Gedenktag aufwerten“ erneut ins Plenum. Gerade in Zeiten einer zunehmenden Polarisierung und Fragmentierung unserer Gesellschaft können das Grundgesetz als unsere Verfassung und Patriotismus als verbindendes Band starke Integrations- und Identifikationspotentiale zum Wohle von Staat und Gesellschaft entfalten. Diese Potentiale sollten auf keinen Fall den gesellschaftlichen Rändern überlassen werden. Patriotismus trägt zudem zum Erhalt und zur Stabilisierung unseres Gemeinwesens bei. Unsere zentrale Forderung ist, den „Tag des Grundgesetzes“ – den 23. Mai – als jährlichen nationalen Gedenktag einzuführen.

Diese Woche wurden die Ergebnisse der Waldzustandserhebung 2023 veröffentlicht. Diese zeigt: Der Zustand unserer Wälder ist alarmierend - nur jeder fünfte Baum in Deutschland ist gesund.

Mit einer weiterhin hohen Kronenverlichtung bei allen Baumarten hat sich der Kronenzustand der Waldbäume im Jahr 2023 im Vergleich zum Bericht des Vorjahres bedauerlicherweise kaum verändert. Wie bereits im Jahr 2022 beträgt die mittlere Kronenverlichtung aller Baumarten durchschnittlich 25,9%.

Anstatt jedoch dringend notwendige Unterstützung zu bieten, hat die Bundesregierung entschieden, die Forschungsförderung durch den Waldklimafonds zu streichen. Mit Blick auf den Zustand unserer Wälder ist das in keinster Weise nachvollziehbar.

Obendrein werden zusätzliche Bürokratie und Ordnungsrecht unsere Wälder nicht schützen oder erhalten. Denn bundesweite Detailvorgaben werden der Vielfalt deutscher Wälder nicht gerecht. Stattdessen kommt es vielmehr auf das Fachwissen unserer Forstleute an, die bestens ausgebildet sind, um klimastabile und standortangepasste Wälder zu schaffen. Auch die Novelle des Bundeswaldgesetzes sollte dies berücksichtigen. Denn was bisher an Entwürfen für ein neues Bundeswaldgesetz erstellt wurde, ist geprägt von grundsätzlichem Misstrauen des Staates gegenüber den Waldbauern und offenbart eine Regelungswut, die schon an Bürokratiesucht grenzt.

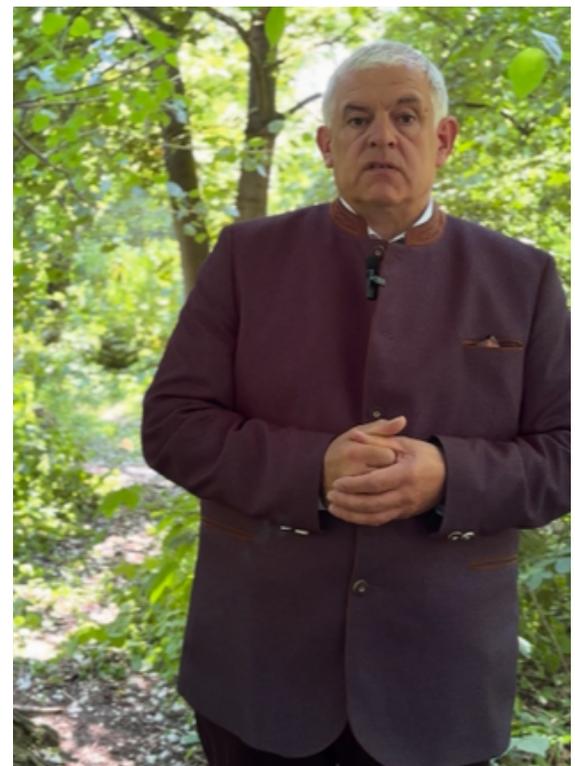


Der Waldzustand wird anhand der Verlichtung der Baumkronen im Vergleich zu einer voll belaubten/benadelten Krone beurteilt.

Dabei entsprechen 0 % Verlichtung einer voll belaubten Krone.

60 % Verlichtung bedeutet beispielsweise: Gegenüber einer voll belaubten Krone fehlen 60 % der Blattmasse.

**"DIE AMPEL MUSS  
UMDENKEN, SONST  
BLEIBT IHRE  
FORSTPOLITIK AUF DEM  
HOLZWEG."**



Bildquelle: Hermann Färber.



## »»» TERMINVORSCHAU

18. Mai 2024 | 19 Uhr:

Festakt zum 150-jährigen Bestehen der Freiwilligen Feuerwehr Ebersbach, Marktschulturn- und Festhalle, 73061 Ebersbach an der Fils.

20. - 29. Mai 2024:

Delegationsreise des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft des Deutschen Bundestages nach Kanada.

03. - 07. Juni 2024:

Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Berlin.

### **Links**

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: [www.hermann-faerber.de](http://www.hermann-faerber.de)

### **Pressemitteilungen**

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

### **Kontakt**

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: [hermann.faerber@bundestag.de](mailto:hermann.faerber@bundestag.de)